Dr. Rolf **Weigand**
Mitglied des Sächsischen Landtages

Postfach 1126
09581 Freiberg

E-Mail wahlkreis@rolfweigand.de

Dr. Rolf Weigand (MdL) | Postfach 1126 | 09581 Freiberg

An:
Herrn Landrat Matthias Damm
Herrn Oberbürgermeister Sven Krüger
Herrn Oberbürgermeister Sven Liebhauser
Herrn Oberbürgermeister Ralf Schreiber

Freiberg, 18.12.2021

Offener Brief – Ursachen ergründen statt eine oberflächliche „Mittelsächsische Erklärung" unterzeichnen

Sehr geehrter Herr Landrat Damm,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Krüger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Liebhauser,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schreiber,

die von Ihnen initiierte und unterzeichnete „Mittelsächsische Erklärung" kann ich nicht mit gutem Gewissen gegenüber den Bürgern unterzeichnen, denn die zumeist pauschalen, oberflächlichen Verurteilungen gehen weder den Ursachen auf den Grund, noch tragen sie dazu bei, die aktuellen Spannungen in der Gesellschaft abzubauen.
Doch genau das müsste jetzt unsere – parteiunabhängige – Aufgabe sein. Denn als direkt gewählte Volksvertreter vertreten wir eben alle Bürger in der jeweiligen Region bzw. Stadt, unabhängig von ihrem Impf – oder Immunitätsstatus.

In meinem offenen Brief an Landrat Damm vom 03.11.2021 warnte ich vor der gesellschaftlichen Spaltung und jenen nun tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen. In Ihrer Erklärung sprechen Sie davon, dass die „Maßnahmen des Bundes und des Freistaates das Leben und die Gesundheit Vieler schützen [sollen]!".
Ein gepflegter Haarschnitt und der Weihnachtsbraten in der Gaststätte um die Ecke oder der Weihnachtsbaum vom Sachsenforst nur noch für Geimpfte und Genese? Kinderbekleidung im Einzelhandel nur für Kinder von geimpften Eltern? Schließung der Weihnachtsmärkte zur angeblichen Pandemiebekämpfung? Begrenzung der Personenzahl bei Demonstrationen im Außenbereich auf 10 Personen?

Sächsischer Landtag | Dr. Rolf Weigand (MdL) | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden | Tel.: 0351 - 493 50

Sind das verhältnismäßige und nachvollziehbare Maßnahmen des Freistaates Sachsen?

Was ist aus den kritischen Stimmen aus dem Rathaus in Freiberg und der verhaltenen Kritik im Landratsamt geworden?

Mittlerweile ist wissenschaftlich bestätigt, dass Geimpfte und Genesene sich sowohl mit SARS-CoV-2 infizieren als auch das Virus weitergeben können. Dass nun vor diesem Hintergrund gerade diese Personengruppen – ohne eine verpflichtende Testung – überall Zugang erhalten, schafft unerkannte Übertragungen und heizt das Infektionsrisiko weiter an. Bei diesem Erkenntnisstand und einer Auffrischungs-Impfquote von 17,5% in Mittelsachsen kann es für mich in der aktuellen Lage nur eines geben: Die konsequente Anwendung einer 1G-Regel (Testung für Alle), was flächendeckend und kostenfrei angeboten werden muss.

In Niedersachsen wurde gerade die 2G-Regel gekippt. Haben Sie als Verantwortliche für den Landkreis oder die Städte als Beamte Einwände gegen die gesellschaftsspaltende 2G-Regelung eingelegt oder haben Sie eine Klage dagegen eingereicht? Diese Maßnahmen wären besser als eine pauschale Verurteilung von zum überwiegenden Teil friedlichen Demonstranten.

Dies bringt mich zu dem Punkt der Montagsspaziergänge.
Landrat Damm gab in der Kreistagssitzung am 15.12.2021 auf meine Frage die Auskunft, dass bis zur Einstellung der Kontaktnachverfolgung von Corona-Infizierten in Mittelsachsen Ende November kein Infektionsort „Montagspaziergang" aktenkundig ist. Dies deckt sich mit den Aussagen von Aerosol-Forschern, dass im Außenbereich nahezu keine Übertragung des Virus stattfindet.
Daher muss ein friedlicher – ich betone ein friedlicher – Protest möglich sein und die 10-Personen-Begrenzung abgeschafft werden. Diese Personenzahlbeschränkung führt ja erst zur Eskalation und es ist nicht nachvollziehbar, warum in Fußgängerzonen mehr Personen erlaubt sind als bei einem Abendspaziergang. Der Verfassungsrechtler Oliver Lepsius bringt es in der aktuellen Ausgabe der „Welt" auf den Punkt:

„Der Staat muss sich Bedingungen ausdenken, unter denen die Versammlungsfreiheit wahrgenommen werden kann. Hier denkt er sich nur Bedingungen aus, sie zu unterbinden."

Anstatt den Bürgern wenigstens Raum für friedlichen Protest zu lassen, provoziert die Staatsregierung ja gerade durch derartige unverhältnismäßige Beschränkungen und starke Polizeiaufgebote eskalierende Situationen. Weiter angeheizt wird dies, wenn übereifrige Bürgermeister in Chemnitz und Leipzig Ansammlungen von Kerzen, als stillen Protest des Pflegepersonals, kurz nach dem Aufstellen entfernen lassen. Und Ihre Aussage in der

Sächsischer Landtag | Dr. Rolf Weigand (MdL) | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden | Tel.: 0351 - 493 50

mittelsächsischen Erklärung, dass von den „Ordnungskräften keine Gewalt“ ausgeht zeigt mir, dass Sie als neutrale Beobachter sehr selten vor Ort sind.

Neben einigen wenigen und seltenen Störern unter den Demonstranten gibt es auch bei den Polizeibeamten besonders eifrige Kollegen, welche die Eskalation herausfordern. Natürlich helfen dabei keine Videoschnipsel in den sozialen Medien, sondern ein Rundumblick auf die gesamte Situation oder ein Blick vor Ort.

Wo ich Ihnen eindeutig zustimme, ist der Punkt der Gewaltverherrlichung und Gewaltbereitschaft sowie die Aufrufe zu Gewalt – egal gegen wen sich diese richtet. Davon bin ich mit diversen Anschlägen auf meine Bürgerbüros, bis hin zu einem Bombenanschlag auf mein damaliges Bürgerbüro in Döbeln 2019, selbst betroffen gewesen.
Im Übrigen habe ich nach dem Bombenanschlag 2019 – bis auf die eine oder andere Pressemitteilung – Ihrerseits keine Verurteilung der Tat oder das Bedauern darüber in einem persönlichen Gespräch oder einer persönlichen Nachricht vernommen.

Es bleibt aber dabei, Gewalt darf keinen Platz haben. Daher habe ich bereits beim Montagsspaziergang am 19.04.2021 die Gewalt von einigen wenigen Teilnehmern öffentlich verurteilt. Jedoch darf es keine Pauschalisierung der übergroßen Mehrheit der friedlichen Demonstranten, die weiterhin die breite Mitte der Gesellschaft – jedenfalls bei den Spaziergängen wo ich vor Ort war – darstellen, geben. Die Reaktionen einiger Teilnehmer gerade im Gespräch mit OB Krüger am 09.12.2021 zeigen doch, man will und wird sich hier nicht vereinnahmen lassen und will weiterhin uneingeschränkt friedlich auf die Straße gehen.

Die mittelsächsische Erklärung positioniert sich gegen Lüge, Hass und Hetze. Zählen dazu auch hetzerische Aussagen und Lügen wie die „Tyrannei der Ungeimpften“ (Prof. Montgomery, Weltärztebund) oder eine „Pandemie der Ungeimpften“ (MP Kretschmer)? Diese Aussagen sind in meinen Augen ebenso deutlich zu verurteilen, wie die Beschimpfungen von Geimpften, weil sich diese eine „Giftspritze“ geholt haben.

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen – die Überlastung des Gesundheitssystems:
Es wird sicher nicht der letzte Winter mit Corona gewesen sein. Die Frage ist, ob eine Impfpflicht im Gesundheitswesen zu einer Entlastung oder eher zu einer Belastung führt und wie sich die Situation ab Mitte März auch bei uns in Mittelsachsen gestalten wird.
Ich nehme aus den unzähligen Gesprächen mit Pflegepersonal, aber auch aus der Bevölkerung wahr, dass aufgrund der immer wieder wechselnden Empfehlungen von Impfstoffgaben für verschiedene Altersgruppe, der desaströsen Kommunikationspolitik und auch der zunehmenden Häufigkeit von Auffrischungsimpfungen – wir reden bereits jetzt von

Sächsischer Landtag | Dr. Rolf Weigand (MdL) | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden | Tel.: 0351 - 493 50

wahrscheinlich vier Impfungen jährlich – gewisse Vorbehalte da sind. Dagegen sind viele Menschen bereit, sich mit Impfstoffen bereits jahrelang erprobter Technologien – beispielsweise sogenannte Totimpfstoffen – impfen zu lassen. Solange diese Möglichkeiten nicht gegeben sind, kann und muss auch aus den o.g. Gründen bezüglich der Infektionsgeschehen bei Geimpften und Genesenen konsequent mit einer 1G-Regelung gearbeitet werden. Das unterbricht alle Infektionsketten, entlastet das Gesundheitssystem und führt dabei die Gesellschaft wieder zusammen. Denn genau wie im letzten Jahr sind es überwiegend ältere Menschen (2020: 91% Ü70; 2021: 87% Ü70 in Sachsen), welche in Sachsen an und mit Corona sterben und daher besonders schutzbedürftig sind.

Es ist daher aktuell alles andere als solidarisch – unabhängig davon wie man zu den Impfstoffen steht – diese Altersgruppe in der Impfreihenfolge nicht wie im letzten Jahr zu bevorzugen, sondern zuzulassen, dass manche Anfang-Zwanzigerin früher geboostert wird als eine 85-Jährige.

Dies alles fehlt in Ihrer Erklärung genauso wie die lautstarke Kritik an wahrlich unverhältnismäßigen Maßnahmen im Freistaat Sachsen.

Daher bitte ich Sie, dies zu bedenken und vor allem Dialog-Formate zur Verfügung zu stellen. Wir dürfen nicht „von oben herab", sondern müssen auf Augenhöhe den Geimpften, den Genesenen und den Ungeimpften und damit allen Bürgern begegnen und deren Sorgen und Nöte ernst nehmen sowie auf allen Seiten für ein Miteinander und für Verständnis werben.

Einander zuhören – in einen Dialog treten – gemeinsam einen Weg heraus aus der spannungsgeladenen Situation finden – das muss das gemeinsame Ziel sein!

Ich stehe dafür jederzeit bereit.

Mit freundlichem Glückauf!

Dr. Rolf Weigand (MdL)

Sächsischer Landtag | Dr. Rolf Weigand (MdL) | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden | Tel.: 0351 - 493 50